

und darum die Selbsterziehung und geistige Selbstausrüstung des Individuums als höchste Ideale kennt.“ Der berühmte Pathologe Rudolf Virchow bezeichnete den Streit zwischen Staat und Kirche als einen „großen Kulturkampf der Menschheit“.

b. In der Praxis des staatlichen Lebens mußte sich der Gegensatz zwischen Staat und Kirche auf die Entscheidung der Frage zuspitzen, ob die Gesetze des Staates denen der Kirche übergeordnet seien oder umgekehrt.

3. Kurze Übersicht über den Verlauf des Kampfes.

a. Fürst Bismarck hoffte anfänglich, den Konflikt mit der Kirche vermeiden zu können; er wies den Vorschlag des Gesandten (Arnim) in Rom, die Verhandlungen des vatikanischen Konzils durch die Entsendung von Regierungsvertretern zu beeinflussen, zurück und versuchte, sich mit der Kurie über die Behandlung der exkommunizierten Geistlichen und Lehrer gütlich auseinanderzusetzen. Das Glückwunschs schreiben, das Pius IX. im März 1871 an Kaiser Wilhelm richtete, schien diese Hoffnungen zu bekräftigen.

b. Allein es waren der Reibungsflächen zwischen kirchlichen und staatlichen Interessen zu viele.

a. Die deutschen Bischöfe schritten mit Kirchenstrafen gegen die Geistlichen und Lehrer ein, die das Unfehlbarkeitsdogma verworfen, und verlangten, daß der Staat diese Unbotmäßigen der kirchlichen Autorität unterwerfen sollte (Bischof Förster von Breslau, Bischof Kremenetz von Ermland). Allein die preussische und die bayrische Regierung verweigerten die Absetzung von Beamten, die sich in keiner Weise gegen die Staatsgesetze vergangen hatten.

β. Im Deutschen Reichstag hatte sich unter der Führung Windthorst's, Mallinckrodt's und Reichenbergers eine oppositionelle Partei gebildet, in der sich alle reichsfeindlichen Elemente (Wespen, Polen, Demokraten, Feudale, Klerikale, Rheinbändler und andere Partikularisten) zum Kampfe gegen die neue Reichseinheit zusammengeschlossen hatten. „Ihre Programme waren so nichtsagend und in allen Farben schimmernd, daß auch andere Parteien sich dazu hätten bekennen können . . . ja sie verleugneten den Namen selbst, den ihnen alle Welt gab, und das Ziel, dem sie mit allen Kräften zustrebten“: die Unterwerfung des Staates unter die Kirchengesetze und die Stärkung des Partikularismus; farblos war auch der Name, den die neue Partei sich beilegte (das Zentrum).

Die Forderungen, mit denen das Zentrum im deutschen Parlamente hervortrat, machten den Zusammenstoß mit der Regierung unvermeidlich: es beantragte eine Intervention des Reiches in Italien zugunsten der Wiederherstellung des Kirchenstaates und die Aufnahme einer Reihe von Artikeln in die Reichsverfassung, welche den Einfluß des Staates auf die Kirchen abschneiden sollten. Da diese Forderungen abgelehnt wurden, verschärfte sich die oppositionelle Haltung des Zentrums. (Windthorst erklärte geradezu, daß die Kirche das Recht habe, die staatliche Gesetzgebung daraufhin zu prüfen, ob sie den Geboten Gottes entspreche.) Bismarck's Versuch, die Zentrumsopposition durch Unterhandlungen mit der Kurie einzudämmen, schlug fehl, da Rom als Gegenleistung die deutsche Intervention in Italien verlangte.

γ. Bald geriet die Bundesregierung mit der Kurie selbst in Konflikt, als diese 1872 den zum Botschafter am Heiligen Stuhl ernannten Kardinal Hohenlohe ablehnte. (Rede Bismarck's im Reichstage: „Nach Canossa gehen wir nicht.“)

δ. Die zunehmende klerikale Verhegung (Hirtenbrief des Bischofs von Ermland, Protest der deutschen Bischöfe beim Kaiser) bewog die Regierung zu aktivem Vorgehen; 1871 wurde die katholische Abteilung des preussischen Kultusministeriums aufgehoben, weil sie zu einem kirchlichen Organ gegenüber dem Staate geworden war; auf den Antrag Bayerns wurde 1871 dem Reichsstrafgesetzbuch der sogenannte Kanzelparagraph eingefügt, wonach der Mißbrauch der Kanzel zu politischen, den Frieden